



SCHWEIZERISCHE GESANDTSCHAFT
BEI DER
BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND

KOLN-Marienburg, den 15. März 1952
Bayenthalgürtel 15
Telephon: 5 47 35 - 5 45 80 - 3 24 20

HU/ln

P.B.Nr.6

Herr Bundesrat,

Die Sowjetnote über einen Friedensvertrag mit Deutschland:

Das für Bonn Ueberraschende bestand nicht darin, dass die Sowjets ein solches Friedensangebot machten, denn dieser Schritt lag in der Luft seit dem Appell der Deutschen Demokratischen Republik an die Sowjets um Wiederherstellung der deutschen Einheit. Ebenfalls den allgemeinen Erwartungen entsprachen diejenigen Punkte der Note, welche den Rückzug aller Besatzungstruppen, die Wiedervereinigung Deutschlands und seine Neutralisierung vorschlugen. Die grosse Ueberraschung bildete, dass Moskau das Junctim zwischen Neutralisierung und Demilitarisierung aufgab und die neue Konzeption der **b e w a f f n e t e n** Neutralität vorschlug.

Die Note findet in der Bevölkerung selbstverständlich breiten, aber nicht lauten Widerhall. Von einer Volksbewegung ist in Westdeutschland nichts zu spüren. Zwei widerstreitende Gefühle beherrschen die Gemüter: Das eine ist Freude und Hoffnung, das andere Misstrauen. Anders in der Ostzone, wo die russische Note die Hoffnungen der Bevölkerung tief aufwühlt. Dieser psychologischen Situation muss Adenauer natürlich stark Rechnung tragen. Es ergibt sich für ihn daraus eine besonders heikle Lage.

Herrn

Bundesrat Max P e t i t p i e r r e

Vorsteher des Eidg. Politischen Departements

B e r n



Eine offizielle Stellungnahme der westdeutschen Regierung liegt noch nicht vor. Man hält zurück, schon weil die sowjetische Note nicht an die westdeutsche Regierung, sondern an Amerika, England und Frankreich gerichtet ist. Deren Sache ist es, den Russen zu antworten. Aber selbstverständlich will Adenauer bei der Abfassung der Antwort die deutsche Auffassung zur Geltung bringen. Er nahm daher sofort mit der Alliierten Hohen Kommission Kontakt; dabei wurde eine wichtige Meinungsübereinstimmung erzielt: Die Verhandlungen über die Beendigung des Besatzungsregimes sollen fortgesetzt und durch die Moskauer Initiative in keiner Weise verzögert werden. Ausserdem reist Adenauer am 19. März nach Paris zur Tagung des Europarates. An dieser "politischen Woche" findet er die gesuchte Gelegenheit zur direkten Aussprache mit den alliierten Aussenministern über die Antwort.

Unterdessen hat Adenauer in einer Versammlung der Christlich Demokratischen Union einige Auslassungen zum russischen Vorschlag gemacht. Seine Aeusserungen waren auf Vorsicht und Zurückhaltung gestimmt. Er erklärte, die sowjetische Note bedeute "einen gewissen Fortschritt" und es dürfte "keine Möglichkeit ausser acht gelassen werden, um zu einer friedlichen Verständigung und einer Neuordnung in Europa zu kommen". Das Bestreben ist offensichtlich, die Türe offen zu halten, denn die Situation ist für Bonn heikel, besonders heikel wegen der Gefühle der Deutschen in der Ostzone. Im Vordergrund seiner Ausführungen standen daher Rückfragen:

1. Wie stellt sich Sowjetrussland die Bildung einer gesamtdeutschen Regierung vor?
2. Wie soll das Problem der deutschen Gebiete jenseits der Oder-Neisse gelöst werden?

Aber in seinem innersten Forum bleibt Adenauer miss-
trauisch; er lässt sich durch die russischen Vorschläge
nicht locken und hält an der bisher verfolgten politi-
schen Linie fest. Eine Reihe von Ueberlegungen in sei-
ner Ansprache zeigen dies deutlich: Eine Neutralisie-
rung Deutschlands lehnte der Kanzler ausdrücklich ab;
da ein Anschluss an den Osten nicht möglich sei, könne
die Bundesregierung Zusammenarbeit nur mit dem Westen
suchen. Adenauers Methode bleibt: Je stärker der Westen
wird, um so mehr wachsen die Aussichten, mit der Sowjet-
union zu einem "vernünftigen Gespräch" zu kommen.

Auch bei Presse und Politikern stehen fol-
gende drei Fragen im Vordergrund:

Die praktisch aktuellste Frage ist für alle,
wie die Wiederherstellung der deutschen Einheit erfolgen
soll; dieses Problem sei aber in der russischen Note um-
gangen! Der Standpunkt der Regierung wird allgemein ge-
billigt, dass für die Bildung einer gesamtdeutschen Regie-
rung freie Wahlen unter internationaler Kontrolle die
Voraussetzung sei. Diese Frage wird wahrscheinlich zum
Schlüsselproblem der ganzen Angelegenheit werden.

Der russische Vorschlag, Deutschland eine
eigene Wehrmacht mit einer eigenen Waffenproduktion zu
gestatten, lockt natürlich Viele. Es gibt aber auch viele
Stimmen, die warnen und darauf hinweisen, dass dieser Ge-
danke bisher von den Russen aufs heftigste bekämpft wurde
und hier eine der jähsten Wendungen der Sowjetpolitik vor-
liege. Deshalb begegnet dieser russische Schritt entspre-
chend starkem Misstrauen. Ferner fragt man sich, ob eine
deutsche bewaffnete Neutralität in dieser Periode weltpoli-
tischer Spannungen lebensfähig sein würde. Zu einer moder-
nen Bewaffnung aus eigener Kraft wäre Deutschland kaum

fähig. Ferner fürchtet man die Folgen eines amerikanischen Auszugs: Europa würde ein militärisches Vacuum! denn die Amerikaner hätten sich um Tausende von Kilometern zurückzuziehen, während die Russen nur um 200 km hinter Berlin zurück müssten.

Natürlich ist für alle Deutschen von höchster Bedeutung der Punkt, wo von der Grenzziehung die Rede ist. Die Note sieht vor, dass das künftige deutsche Gebiet "die Grenzen haben soll, die durch die Konferenz von Potsdam fixiert wurden". Dieser Passus ist nicht klar. Man stellt in Bonn die Frage, ob die Sowjets den Standpunkt vertreten, dass die deutschen Grenzen im Osten bereits festgelegt seien oder ob Russland bereit ist, die polnischen territorialen Ansprüche auf das östliche Deutschland in den Friedensverhandlungen zu diskutieren. Sollten die Russen die Frage bereits für erledigt ansehen, so würde sich das in Deutschland als unüberwindliches Hindernis erweisen. Kein Parlament, keine Regierung in Westdeutschland könnte einen Verzicht auf die deutschen Gebiete jenseits der Oder-Neisse-Linie aussprechen, ohne diesen Schritt mit seinem Sturz zu bezahlen. Indessen hält man es hier nicht für ausgeschlossen, dass in diesem Punkt die Russen nicht das letzte Wort gesprochen haben und dass eventuell noch mit überraschenden Trümpfen zu rechnen sei.

Allgemein präsentiert sich die psychologische Situation in Westdeutschland folgendermassen: Die russische Note hat trotz ihrer verführerischen Elemente die Öffentlichkeit nicht mitgerissen; ein entschiedenes und allgemeines Ja ist nicht zu hören. Vor einem Jahr hätte der russische Schritt anders gewirkt! Ich sprach auch mit dem amerikanischen Generalsekretär der Alliierten Hohen Kommission; ich hörte eher Skepsis. Zwei Ereignisse werden nach seiner Auf-

fassung als Tests wirken, wie aufrichtig die Note sei: Ob die UNO-Kommission, welche die Voraussetzungen gesamtdeutscher Wahlen untersuchen soll, die Erlaubnis zur Einreise in die Ostzone erhält; (vorläufig wartet die Kommission in Bonn auf die Antwort General Tschuikows). Der andere Test ist die russische Reaktion auf den neuesten Vorstoss in der Frage des österreichischen Staatsvertrages. Die Antwort wird zeigen, ob die Vorschläge der russischen Deutschland-Note einer gewandelten europäischen Konzeption entsprungen sind. Die Franzosen stellt die Note vor ein Dilemma: Deutschland in der Europaarmee scheint nunmehr das kleinere Uebel als eine Nationalarmee Gesamtdeutschlands.

Manche Anzeichen deuten an, dass die Antwort des Westens auf den russischen Annäherungsversuch nicht sehr definitiv ausfallen wird. Man wird den Grundsatz einer Konferenz nicht ablehnen, aber wahrscheinlich vorher um eine Reihe von Präzisierungen ersuchen und Vorfragen und Voraussetzungen formulieren.

Wahlen im Südweststaat:

Das Fazit der Wahl ist das folgende: Die Christlich Demokratische Union erlitt kleine Einbussen im Vergleich zu den Bundestagswahlen von 1949, aber - und dies ist das Entscheidende - sie blieb die stärkste Partei! Die Sozialdemokratie konnte einen Stimmenzuwachs von 4 % buchen. Trotz dieser Gewinne der Sozialdemokratischen Partei ist der Ausgang der Wahl ein klarer Erfolg für Adenauer und eine Schlappe für die Opposition. Das Motto, unter dem sie die Wahlkampagne führte: "Weg mit der Aufrüstung, fort mit Adenauer!" hat nicht den erhofften Erdrutsch gebracht. Es wirkte als Bumerang, denn nun

- 6 -

wird der Wahlausgang als moralische Bestätigung der Politik des Kanzlers interpretiert; seine Stellung hat sich über den Südweststaat hinaus in der ganzen Bundesrepublik gefestigt, weil die Wahl durch die Opposition als Generalprobe der Bundestagswahlen von 1953 und als Plebiszit pro und contra Wehrbeitrag aufgezo- gen war. Erfreulich ist, dass die extremen Rechtsparteien leer ausgingen. Die Befürchtungen, Remer werde auf Süddeutschland übergreifen, sind zerstreut.

Genehmigen Sie, Herr Bundesrat, die Versicherung meiner ausgezeichneten Hochachtung.

DER SCHWEIZERISCHE GESANDTE

